

Wirtschaftspolitische Informationen 6/2009

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – November 2009
www.wipo.verdi.de



Schluss mit Untergang?

Sachverständigenrat und Gemeinschaftsdiagnose zeichnen ein gemischtes Bild

Risiko Weltwirtschaft.....	5
Privater Konsum: Von Nichts kommt Nichts	6
Konjunkturkiller Kreditklemme?	7
Ruin öffentlicher Kassen – Gefahr für Wachstum	8
Länder und Gemeinden wehren sich.....	10

Sollte das die angekündigte Jahrhundertkrise bereits gewesen sein? Bevor die meisten Menschen konkrete Auswirkungen überhaupt zu spüren bekommen haben? Bis vor wenigen Monaten übertrumpften sich die Wirtschaftsforschungsinstitute geradezu mit pessimistischen Prognosen. So sah das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) noch im Juli 2009 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung für 2009 um 6,4 Prozent voraus.

Inzwischen wird die Zukunft wieder optimistischer gesehen. Der Sachverständigenrat (SVR) geht, wie zuvor schon die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose, beim Wachstum für 2009 von einem Minus von „nur“ noch 5,0 Prozent aus. Auch das Wachstum für 2010 wird deutlich optimistischer eingeschätzt: Während im Frühjahr die Wirtschaftsforschungsinstitute noch von einem weiteren Rückgang um 0,5 Prozent ausgingen, erwartet der Sachverständigenrat nun ein Plus von 1,6 Prozent, die Gemeinschaftsgutachter von 1,2 Prozent. Für 2011 prognostiziert die Europäische Kommission einen weiteren Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,7 Prozent. Auch Umfragen hinsichtlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage werden seit einigen Monaten immer positiver.¹

Die wirtschaftliche Entwicklung scheint auf einem guten Weg – doch es bleiben hohe Risiken.

Diese optimistische Zukunftssicht korrespondiert mit einer noch erstaunlich stabilen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Als Folge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wurde allgemein mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit auf annähernd fünf Millionen Arbeitslose im Winter 2010/2011 gerechnet. Nach einem Jahr Krise liegt die Arbeitslosigkeit im Oktober 2009 mit 3,2 Millionen jedoch „nur“ um 230.000 über der Zahl vom Oktober 2008. Allerdings fallen in den nächsten Monaten zunehmend jene Sonderfaktoren weg, die bislang einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert haben:

1. Kurzarbeit: Unternehmen nutzen die von der Regierung zum 1. Februar 2009 eingeführten Verbesserungen und Vereinfachungen bei gleichzeitig verlängerter Möglichkeit der Inanspruchnahme beim Kurzarbeitergeld. Über 1,4 Millionen Beschäftigte sind derzeit in Kurzarbeit. Umgerechnet bedeutet dies, dass fast eine halbe Million Beschäftigte durch den Einsatz von Kurzarbeit ihren Arbeitsplatz erst

¹ So z.B. der sogenannte Geschäftsklimaindex des Münchener ifo-Instituts, der auf Befragung von ca. 7.000 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels beruht. Die Unternehmen beurteilen ihre gegenwärtige Geschäftslage und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

einmal nicht verloren haben. Sollte sich die wirtschaftliche Situation nicht durchgreifend ändern, werden aus Kurzarbeitern früher oder später Arbeitslose. So rechnet der Sachverständigenrat für 2010 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 500.000.

Die Zeitbombe Kurzarbeit tickt.

Focus money, 30. September 2009

2. Abbau von Überstunden und Guthaben auf Arbeitszeitkonten: In der Vergangenheit haben Unternehmen zunehmend von den Möglichkeiten der Flexibilisierung der Arbeitszeiten Gebrauch gemacht und dazu Arbeitszeitkonten angelegt. Hier hatten sich in größerem Umfang Zeitguthaben angesammelt, die in der Krise zunächst abgebaut worden sind.

3. Facharbeiterproblematik: Der von den Unternehmen im letzten Aufschwung breit thematisierte Mangel an qualifizierten Facharbeiterinnen und Facharbeitern hat viele Unternehmen offensichtlich erst einmal davon abgehalten, auf Produktionsrückgänge unmittelbar mit Entlassungen zu reagieren.

Hinzu kommen statistische Effekte: Vor allem aufgrund des Bevölkerungsrückgangs sinkt die Zahl derer, die Arbeit suchen in 2009 und 2010 um jeweils 140.000. Ohne diesen Rückgang läge die Arbeitslosigkeit entsprechend höher. Dann sind durch Veränderungen der Arbeitsmarktstatistik immer mehr Arbeitslose aus der offiziellen Statistik geflogen. Inzwischen beläuft sich deren Zahl auf 1,2 Millionen. Schließlich findet ein schleichender Umbau zugunsten von prekären Beschäftigungsverhältnissen statt. Zwischen Juli 2008 und Juli 2009 wurden rund 300.000 sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen abgebaut, während im gleichen Zeitraum ebenso viele Teilzeitstellen und Minijobs entstanden. In der Statistik erscheint dies als eine konstant hohe Beschäftigung, obwohl die geleisteten Stunden deutlich zurückgehen.

Nach Schätzung des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)* sinken die Arbeitsstunden von 57,6 Milliarden in 2008 auf 55,5 Milliarden in 2009. Ein entsprechender Rückgang bei der Anzahl der Erwerbstätigen hätte 1,4 Millionen weniger Erwerbstätige bedeutet. Die Arbeitslosigkeit läge schon jetzt bei 4,7 Millionen.

Dank Kurzarbeit und mehr Teilzeit liegt die offizielle Arbeitslosigkeit nicht über eine Million höher.

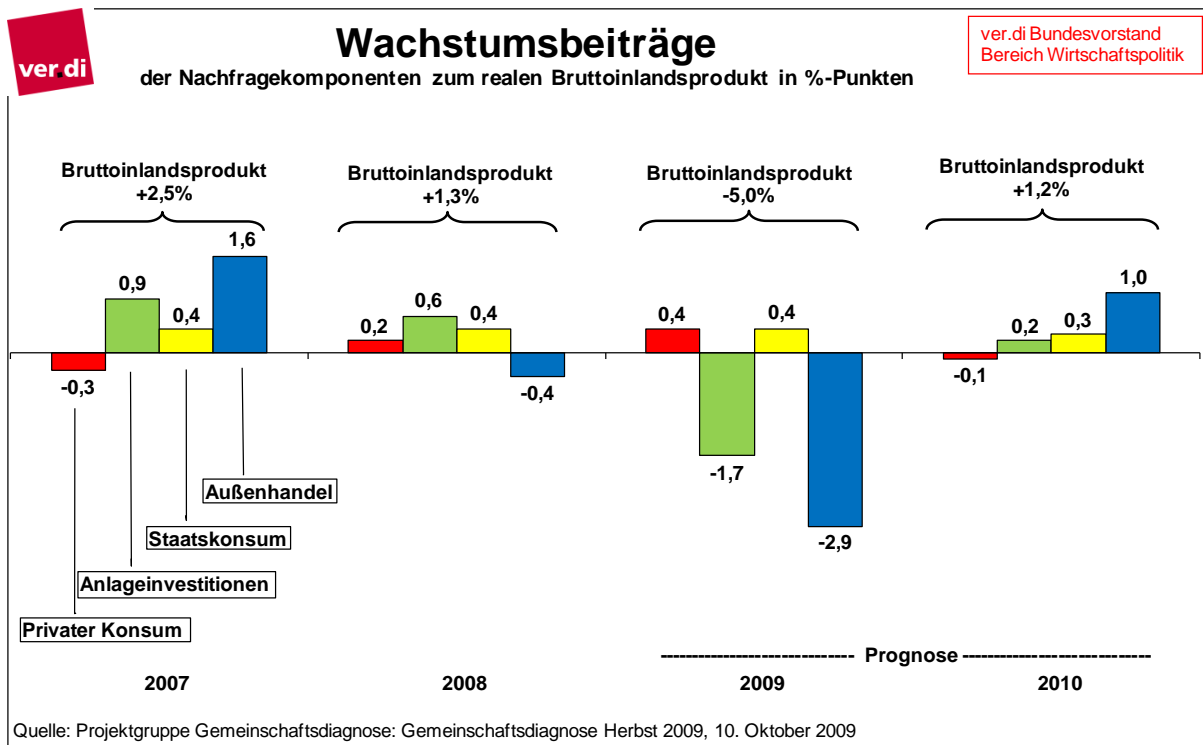
Ob der Anstieg der Arbeitslosigkeit in 2010 tatsächlich bei rund vier Millionen halt machen wird, wie es derzeit vom Sachverständigenrat, von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten und vom IAB prognostiziert wird, hängt maßgeblich

davon ab, ob sich die Wachstumsprognosen bewahrheiten werden. Aber selbst dann wäre – etwa bei einem jährlichen Wachstum der Wirtschaftsleistung von 1,5 Prozent – frühestens 2012 das Niveau von vor der Krise erreicht. Auf dem Arbeitsmarkt würde sich erst deutlich verzögert wieder eine Nachfrage nach Arbeitskräften ergeben wie 2008. Denn zwischenzeitlich schreitet der Produktivitätsfortschritt weiter voran. Je stärker der ausfällt, desto später wird das Niveau der Arbeitslosigkeit von vor der Krise erreicht. Und da gab es noch deutlich über drei Millionen Arbeitslose.

Selbst unter optimistischen Wachstumsannahmen werden die negativen Auswirkungen der Krise noch viele Jahre zu spüren sein.

Ob sich die optimistischen Wachstumsannahmen allerdings bestätigen, ist mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Denn von irgendwoher müssen die Wachstumsimpulse kommen.

Mit Blick auf den Export – der tragenden Säule des Wachstums vor der Krise – gibt es erhebliche Risiken. Blieben der private Konsum oder weiterhin expansive staatliche Ausgaben. Doch hier sind die Aussichten alles andere als rosig. Und als ob hiermit nicht schon genug Gefährdungspotential für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung besteht, muss auch noch mit einer sich verschärfenden Kreditklemme gerechnet werden.



Risiko Weltwirtschaft

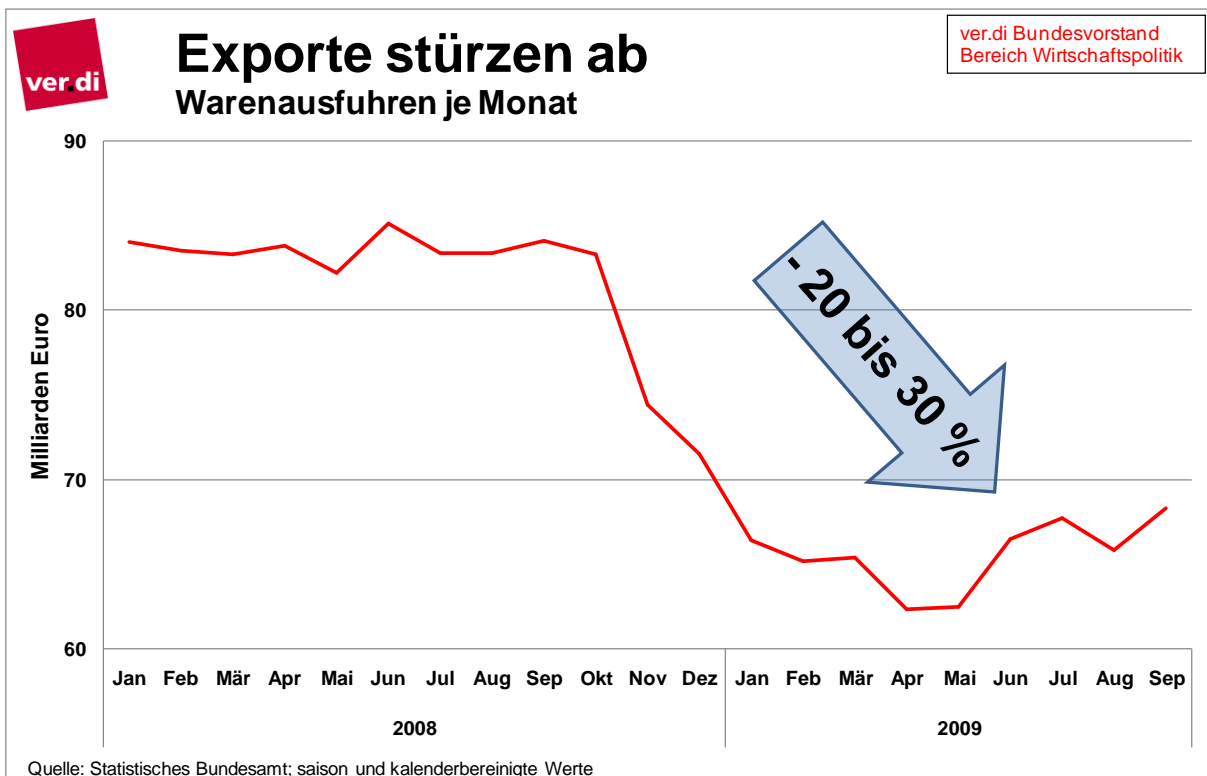
Das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland war bis zur Krise zunehmend exportgetrieben. Der Exportüberschuss stieg zwischen 2000 und 2007 von sieben auf 170 Milliarden Euro an. Damit hat der Export eine immer größere Bedeutung für den Arbeitsmarkt bekommen. Ungefähr ein Viertel aller Arbeitsplätze – rund zehn von 40 Millionen – hängen am Export. Inzwischen ist der Export aber um zeitweise bis zu 30 Prozent eingebrochen. Statt monatlich Waren im Wert von deutlich über 80 Milliarden wie noch vor der Krise, werden derzeit lediglich Waren im Wert von nicht einmal 70 Milliarden Euro pro Monat exportiert. Überschlägig sind allein dadurch zwei bis drei Millionen Arbeitsplätze bedroht.

Inzwischen sind die Prognosen für den Exportbereich geradezu euphorisch. Könnte es sein, dass uns ein Anstieg der Arbeitslosigkeit im Exportsektor erspart bleibt? Dass die Regelungen zur Kurzarbeit in der Tat über die Krise tragen?

Deutsche Exporteure starten durch.

Financial Times Deutschland, 10.November 2009

Tatsache ist, dass eine durchgreifende Belebung des Exports derzeit nicht zu erkennen ist. Der Anstieg der Warenausfuhren im September um 3,8 Prozent gegenüber Oktober wurde in der Presse als großer Exporterfolg gefeiert. Doch er kompensiert lediglich den Rückgang des Vormonats. Nach wie vor bewegen sich die monat-



lichen Exporte deutlich unter der 70-Milliarden-Euro-Marke.

Erwartungen auf eine schnelle durchgreifende Erholung – gar auf Werte der Vor-Krisen-Zeit – sind völlig unrealistisch. Denn dieses hohe Niveau beruhte auf außergewöhnlichen, langfristig nicht tragfähigen Entwicklungen. Hierzu gehörte vor allem der enorme Anstieg der Verschuldung der USA und anderer Länder. Ohne sie hätte es den deutschen Exportboom im Vorfeld der Krise nicht gegeben. Hinzu kam noch ein relativ schwacher Euro, der Exporte aus dem Euro- in den Dollarraum zusätzlich attraktiv gemacht hat.

Eine Erholung der Exporte auf das Niveau der Vor-Krisen-Zeit ist auf absehbare Zeit völlig unrealistisch.

Beide Bedingungen – insbesondere eine weitere Verschuldung der USA und ein schwacher Euro – bestehen nach der Krise jedoch nicht mehr. Weitgehend unbestritten ist, dass sich die USA in Zukunft nur noch in wesentlich engeren Grenzen verschulden können. Zudem ist der Wert des Euro deutlich gestiegen, was Exporte in Nicht-Euro-Länder teurer macht. Insofern wird die deutsche Exportdynamik zumindest auf absehbare Zeit nicht mehr zur Situation vor der Krise zurückfinden können. Dies unterstreicht noch einmal die Bedeutung und die Dringlichkeit einer Stärkung der Binnennachfrage. Neben höheren privaten Investitionen und öffentlichen Ausgaben kommt dem privaten Konsum hier eine zentrale Bedeutung zu. Zentrale Bestimmungsgröße des privaten Konsums ist die Lohnentwicklung. Eine deutlich bessere Lohn- und Einkommensentwicklung ist somit Voraussetzung einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland.

Eine Stärkung des Binnenmarktes ist dringend nötig, um sich verstärkende Jobverluste im Exportsektor auffangen zu können.

Privater Konsum: Von Nichts kommt Nichts

Die privaten Konsumausgaben sind trotz der Tiefe der Krise bisher recht stabil geblieben. Tarifliche Einkommenserhöhungen von im Schnitt drei Prozent aus der Spätphase des vorhergehenden Aufschwungs waren dafür eine wesentliche Stütze. Ebenso die – wenn auch bescheidene – Rentenerhöhung vom Sommer 2009 und der dank Kurzarbeit bisher geringe Anstieg der Arbeitslosigkeit. Für einen Wachstumsimpuls reicht Stabilität allein aber nicht aus, dazu muss der private Konsum steigen. Danach sieht es momentan nicht aus.

Tatsächlich gehen die Bruttolöhne- und Gehälter bereits im laufenden Jahr nach Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute um voraussichtlich 0,5 Prozent und 2010 nochmals um 0,6 Prozent zurück. Erstaunlicherweise erwartet der Sachverständigenrat für 2010 einen Anstieg um 0,5 Prozent. Woher der kommen soll, wird allerdings nicht erläutert. Die hohe Kurzarbeit, steigende Arbeitslosigkeit aber auch tarifliche Öffnungsklauseln sowie die abnehmende Tarifbindung widersprechen dieser optimistischen Annahme. Auch für die Rentnerinnen und Rentner drohen nach Warnungen von Sozialverbänden künftig Nullrunden.

Ein Rückgang der privaten Konsumausgaben fand bisher nur deshalb nicht statt, weil die Menschen weniger sparten. Die „Abwrackprämie“ war dafür der Hauptanreiz. Sie ist im September ausgelaufen. Nach den Prognosen des Sachverständigenrats und der Gemeinschaftsdiagnose steigt 2010 die Sparquote wieder an: laut Sachverständigenrat von 11,2 Prozent auf 11,4 Prozent, nach der Gemeinschaftsdiagnose sogar von 11,1 Prozent auf 11,6 Prozent. Und das Wachstum wird 2010 durch die Entwicklung des privaten Konsums mit -0,1 Prozent (Sachverständigenrat) bzw. -0,2 Prozent (Gemeinschaftsdiagnose) nicht gestärkt, sondern sogar leicht nach unten gezogen. Eine Stabilisierung und möglichst ein Anstieg der Einkommen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern ist in dieser Situation dringender denn je.

Konjunkturkiller Kreditklemme?

Um wieder mehr investieren und damit wieder wachsen zu können sind Unternehmen auf Kredite angewiesen. Durch die Abschreibungen von toxischen Papieren haben Banken bereits erhebliche Summen an Eigenkapital verloren. Mit diesem Schwund sinkt die Möglichkeit zur Kreditvergabe, da Banken Kredite nur in einer bestimmten Relation zum Eigenkapital vergeben dürfen. Zunehmend zum Problem wird, dass die deutschen Banken nach Schätzung des Internationalen Währungsfonds noch nicht einmal die Hälfte der Schrottpapiere abgeschrieben haben.

Wenn nicht schnell etwas passiert, droht die Kreditverknappung zum Konjunkturkiller zu werden.

Albert Rupprecht, Chefkontrolleur des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), Handelsblatt, 6. November 2009

Über 40 Prozent der Unternehmen in Deutschland halten in einer Umfrage vom Oktober 2009 die Kreditvergabe für zurückhaltend. In Europa nehmen seit Monaten Unternehmen und private Haushalte viel weniger Kredite auf als sonst. Nach Angaben der Europäischen Zentralbank ist im September das Kreditvolumen erstmals seit Einführung der Statistik 1992 zurückgegangen. Das bedeutet, dass weniger neue

Kredite aufgenommen als alte zurückgezahlt wurden. Nach Einschätzung des EU-Kommissars Almunia ist das Problem bei den deutschen Banken besonders dringlich: „Der Bankensektor ist immer noch fragil, die Kreditversorgung stagniert.“

Sowohl die Bundesregierung wie auch die Wirtschaftsforschungsinstitute fürchten die die Gefahr einer Kreditklemme gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Anziehen der Konjunktur erwartet wird. Eine anhaltende wirtschaftliche Erholung könnte dann kaum in Gang kommen. Außer wohlfeiler Kritik an den Banken und der Aufforderung, sie sollten endlich die Staatshilfen zur Auslagerung der faulen Papiere in Bad Banks in Anspruch nehmen, war seitens der Regierung bisher aber nichts zu hören.

Die Banken müssen endlich offenlegen, wie viele Schrottpapiere noch in den Bilanzen schlummern. Anschließend muss für eine ausreichende Eigenkapitalausstattung gesorgt werden. Notfalls müssen Banken auch zwangsweise mit Staatshilfen ausgestattet werden. Aber nicht wie bisher unter Verzicht auf Einfluss auf die Geschäftspolitik. Wer Milliarden aus Steuermitteln zuschießt, muss Anteile und Eigentümer- und Mitspracherechte erhalten. Die Geschäftspolitik muss am Wohl der Allgemeinheit und nicht am Wohl der Manager und Aktionäre ausgerichtet sein. Und die Allgemeinheit darf nicht nur an Verlusten, sondern muss auch an künftigen Gewinnen beteiligt sein.

Ruin öffentlicher Kassen – Gefahr für Wachstum

Mit den Konjunkturpaketen hatte die große Koalition – mehr schlecht als recht² – die Folgen der Krise etwas abgemildert. Denn zusätzliche öffentliche Ausgaben sorgen ebenso wie private Ausgaben für Wachstumsimpulse. Ende 2010 laufen diese Zusatzausgaben aus. Allein dieser Rückgang wird die Konjunktur belasten. Hinzu kommen zusätzliche Steuersenkungen von Schwarz-Gelb, die die katastrophale Lage der öffentlichen Haushalte weiter verschärfen werden. In den nächsten Jahren weisen sie jeweils Defizite von mindestens 100 Milliarden Euro auf.

Die Gesamtverschuldung liegt heute bei gut 1,7 Billionen Euro. Sie steigt in Höchstgeschwindigkeit und wird schon 2012 die Zwei-Billionen-Grenze überspringen. Die Zinszahlungen werden dadurch zu einer immer stärkeren Belastung. Aktuell zahlt der Staat insgesamt etwa 67 Milliarden Euro Zinsen im Jahr. Der Bund hat mit gut 40 Milliarden Euro daran den größten Anteil. Auch wenn die Zinsen im Moment günstig sind: Langfristig müssen für mehr Schulden auch mehr Zinsen gezahlt werden. Laut

² Siehe „Konjunkturpaket II. Mehr Klientelpolitik als ein Programm zur Krisenbekämpfung“, ver.di Wirtschaftspolitische Informationen 1/2009.

Finanzplanung steigt die Zinsbelastung allein für den Bund um über 20 Prozent auf 52 Milliarden Euro im Jahr 2013. Und gleichzeitig erfordert die Schuldenbremse ab 2011 einen erheblichen Konsolidierungsbedarf: Laut Sachverständigenrat müsste dann jährlich durch erhöhte Einnahmen und sinkende Ausgaben ein Betrag von sechs Milliarden Euro erzielt werden, der jedes Jahr bis zum Jahr 2016 durchschnittlich um weitere sechs Milliarden Euro aufgestockt werden müsste.

Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschleunigt lediglich den Ruin öffentlicher Haushalte.

Trotz dieser Situation hat die neue Koalition mit dem sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ Steuersenkungen im Umfang von über acht Milliarden Euro pro Jahr beschlossen. Für 2011 sind laut Koalitionsvertrag weitere Steuersenkungen vereinbart, die künftig sogar fast 20 Milliarden Euro jährliche Einnahmeausfälle zur Folge haben werden. Die kommen zu dem durch die Schuldenbremse erzwungenen Konsolidierungsbedarf noch oben drauf. Kürzungszwang durch Schuldenbremse und das bei deutlich höheren Ausgaben für Zinsen und weniger Einnahmen durch Steuergeschenke – wie soll das gehen?

Die Steuergeschenke von heute sind die Ausgabenkürzungen von morgen.

Mehr Steuereinnahmen durch Steuersenkung, weil dadurch Konsum und Wachstum angeschoben werden – so die Logik von Schwarz-Gelb. Doch von den Steuergeschenken profitieren erneut vor allem Unternehmen und reiche Erben. Auch bei der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen schneiden gut verdienende Eltern deutlich besser ab als durchschnittlich oder gering verdienende. Familien, die von Hartz IV leben müssen und am Nötigsten auf höhere Leistungen angewiesen sind, haben überhaupt nichts davon. Im Gegenteil: Viele Familien haben am Ende sogar Nachteile, wenn für öffentliche Kitas weniger Geld da ist und nur noch teure private Angebote zu finden sind.

Die Kommunen haben sich immer zu einem Ausbau der Kinderbetreuung bekannt. Ohne ausreichende Finanzierung der Länder können die Kommunen die erforderlichen Plätze bis 2013 aber nicht schaffen.

Bürgermeister Manfred Uedelhoven, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gesundheit des Deutschen Städte- und Gemeindebunds

Die Verteilung der Steuergeschenke ist nicht nur sozial ungerecht, sondern taugt aus genau diesem Grund auch wenig zur Stimulierung von Konsum und Wachstum. Das hat der Sachverständigenrat jetzt noch einmal in seinem aktuellen Gutachten unterstrichen. Vernünftig ist allenfalls, dass die Koalition in der Krise nicht auch noch spart. Doch angesichts der katastrophalen Lage der öffentlichen Haushalte ist ein künftiger Kahlschlag bei öffentlichen Investitionen und sozialen Leistungen vorprogrammiert. Insbesondere in Ländern und Gemeinden werden die Kürzungen massiv zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung gehen. Deshalb ist das schwarz-gelbe „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ in Wirklichkeit ein Gesetz zum beschleunigten Ruin öffentlicher Kassen und letztlich eine massive Wachstumsbremse.

Länder und Gemeinden wehren sich

Die Steuerpolitik wird maßgeblich auf Bundesebene gestaltet, hat aber Auswirkungen auf alle öffentlichen Haushalte. Mit Recht regt sich in den Ländern und Gemeinden Widerstand aus allen Parteien. Vielfach mussten bereits Haushaltssperren verhängt werden, zum Beispiel in den Landeshauptstädten München und Stuttgart. Selbst FDP-Politiker beginnen zu zweifeln.

Es kann nicht sein, dass alles zu Lasten der Länder geht. Ich habe meinen Amtseid auf die hessische Verfassung abgelegt, damit ist das Land Hessen mein Arbeitgeber und nicht die FDP.

Jörg-Uwe Hahn, FDP, stellvertretender Ministerpräsident in Hessen,
Tagesspiegel, 1. November 2009

Die Gemeinden erhalten etwa 40 Prozent ihrer Finanzmittel aus eigenen Steuereinnahmen. Gut ein Drittel stammt aus Zuweisungen von den Ländern und vom Bund. Gebühren machen knapp zehn und Sonstiges – unter anderem Veräußerungserlöse, Ausgleichszahlungen, Beiträge – knapp 20 Prozent aus. Die Zuweisungen stammen im Wesentlichen aus den Steuern und Steueranteilen der Länder, darunter wiederum vor allem aus den Länderanteilen an der Einkommen- und der Umsatzsteuer.³

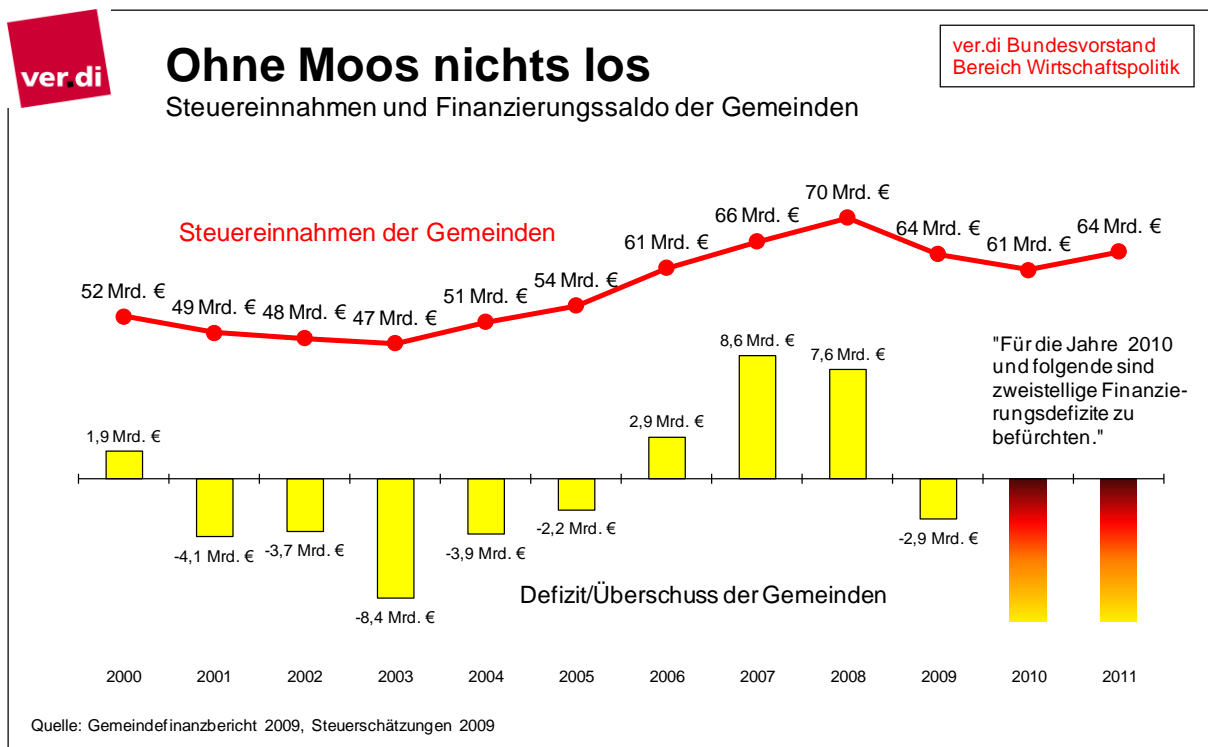
Den Gemeinden drohen Defizite so groß wie noch nie. Die krisenbedingten Ausfälle bei den Steuereinnahmen sind die Hauptursache. Zu rund einem Drittel tragen aber auch Steuersenkungen dazu bei. Die Hilfen aus dem Konjunkturpaket II sind nur ein – zudem zeitlich eng begrenzter – Tropfen auf den heißen Stein. 90 Prozent der Kommunen geben an, dass sie die Steuerausfälle nicht ausgleichen können.

³ Siehe zu Steuereinnahmen und Finanzstruktur der Gemeinden auch die Power-Point-Präsentation „Gemeindefinanzen“ im Internet: www.wipo.verdi.de

Politiker, die auf Steuereinnahmen verzichten, treiben öffentliche Haushalte in den Ruin und gefährden Wachstum und Jobs.

Städte und Gemeinden brauchen ausreichende und stabile Einnahmen um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Dazu müssen für die öffentlichen Haushalte mehr und nicht weniger Steuern zur Verfügung stehen. Regierungen, die sich weigern, dies zu garantieren, lassen zu, dass früher oder später notwendige Ausgaben und Leistungen dem Rotstift zum Opfer fallen.

In der Vergangenheit haben Regierungen durch Steuergeschenke an Unternehmer und Reiche auf Milliardeneinnahmen verzichtet. Dies hat zur Umverteilung beigetragen und immer mehr Geld auf die Finanzmärkte fließen lassen. Ein gerechtes Steuersystem muss die Umverteilung wieder umkehren und die Profiteure der Entwicklung auf den Finanzmärkten zur Kasse bitten. Das *Konzept Steuergerechtigkeit* von ver.di ermöglicht Mehreinnahmen von 75 Milliarden Euro jährlich. Damit könnten Bund, Länder und Gemeinden die notwendigen öffentlichen Leistungen finanzieren und mit mehr Zukunftsinvestitionen für ein sozial-ökologisches Wachstum sorgen.⁴



⁴ Vgl. die Broschüren „Solidarisch aus der Krise. Zwei Millionen Arbeitsplätze. Profiteure zur Kasse“ und „Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge“, www.wipo.verdi.de